

Annahme der Steuervorlagen.

Sitzung der provisorischen Nationalversammlung.

Wien, 6. Februar.

Neue Steuern in der Höhe von einer halben Milliarde sind heute von der provisorischen Nationalversammlung in wenigen Stunden bewilligt worden. Die meisten Vorlagen wurden ohne jede Debatte angenommen, so die Schaumweinsteuer, die Branntweinsteuer, die Rentensteuer, die Erbssteuer, die Mineralwassersteuer, die Biersteuer und die Salzversteuung. Die Generaldebatte war hauptsächlich von einer erregten persönlichen Auseinandersetzung zwischen dem Staatssekretär Dr. Steinwender und dem Abgeordneten Friedmann ausgefüllt. Dr. Steinwender begründete die Annahme der Vorlagen insbesondere mit der Notwendigkeit, unsere Kreditfähigkeit zu stärken. Er kündigte an, daß in der ersten Hälfte Februar der Anleihenweg beschritten werden müsse, wofür man eine sichere Grundlage brauche. Der Staatssekretär verspricht sich von der Bewilligung der Gesetze auch eine Hebung des Steuerwillens und des Arbeitswillens. Ueber die nächste Zeit hinwegzukommen, sei die wichtigste Aufgabe. Dr. Steinwender rechnet damit, daß bis Ende April die Friedensvereinbarungen bekannt sein werden; er sagt, daß wir dann sichere Verhältnisse vor uns haben und wissen werden, wie unser Staatsgebiet aussieht. Aus den Ausführungen des Staatssekretärs ist auch zu entnehmen, daß endlich daran gedacht wird, die Verhandlungen mit den Tschechen und den anderen Nationalstaaten aufzunehmen, denn er hofft, daß man nach einem Vierteljahre Klarheit darüber gewonnen haben werde, wie viel diese Staaten von den gemeinsamen Lasten übernehmen. Die weitere Zukunft will Dr. Steinwender der definitiven Nationalversammlung überlassen. Er gab aber der Zuversicht Ausdruck, daß wir mit Ernst und guten Willen ohne Unglück aus der jetzigen Lage herauskommen werden. Der halbjährige Abgang von 334 Millionen werde durch die Vermögensabgabe, die zur Schuldentilgung führen wird, gekürzt werden. Sehr große Mehrnahmen erwartet der Staatssekretär aus einer Erhöhung der Gebühren.

Bei der Beratung der Erwerb- und Grundsteuer war die Feststellung der Erwerbsteuerhauptsumme der Gegenstand einer Erörterung, an der sich Dr. v. Oberleitner und der Berichterstatter Schiegl beteiligten. Hier lag ein Antrag des Abgeordneten Friedmann vor, die Erwerbsteuerhauptsumme für 1918 und 1919 mit jenem Teilbetrag von 45 Millionen Kronen zu bestimmen, der sich unter Zugrundelegung der Gesellschaftskontingente für das Jahr 1914/15 des früheren österreichischen Staatsgebietes als der auf Deutschösterreich entfallende Anteil ergibt. Doktor v. Oberleitner wandte sich gegen die Erhöhung der Erwerbsteuerhauptsumme von 37 auf 50 Millionen. Diese Erhöhung bedeute eine beispiellose Ungerechtigkeit für die gesamte Industrie, die mit Kriegsanleihe vollgestopft sei, keine Bezahlung für ihre Forderungen an den Staat erhalte, zum großen Teile mit passiven Bilanzen reiche und der die Aussicht auf eine Belebung der Produktion fehle. Dr. v. Oberleitner vertrat insbesondere die Forderung, daß die Hauptsumme für das Jahr 1919 erst in einem späteren Zeitpunkt festgesetzt werde. Bei der Abstimmung wurde der Ausschlagsantrag auf Feststellung der Erwerbsteuerhauptsumme mit 50 Millionen Kronen angenommen. Die Abänderungsanträge blieben in der Minderheit. Auch die Weinsteuer wurde nach einigen Bemerkungen des Abgeordneten Eisenhut unverändert genehmigt. Bei der Effektenumsatzsteuer beantragten die Abgeordneten Wohlmeier und Bichl eine Erhöhung der Tarifsätze. Staatssekretär Doktor Steinwender und Berichterstatter Freiherr v. Fuchs bekämpften diese Anträge, weil sie das ganze Geschäft von hier nach Prag treiben und den Wiener Platz ruinieren würden. Dr. Steinwender bemerkte hierzu, daß er selbst für eine Erhöhung eintreten werde, wenn die Zeit hierfür gekommen sein werde. Das Gesetz wurde nach den Ausschlagsanträgen angenommen.

Am Schlusse der Sitzung wurden die Vorlagen über die Unterstellung der Kanzleioffizianten unter die Dienstpragmatik und über die Aufhebung der Gerichtsbarkeit des Obersthofmarschallamtes erledigt.

Provisorische Nationalversammlung.

(17. Sitzung. — Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Die Steuervorlagen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung ergreift Staatssekretär für die Finanzen Dr. Steinwender das Wort. Er führt aus, mit Ausnahme der Biersteuer sei in den Vorlagen nichts enthalten, was nicht schon lange Zeit bekannt wäre. Es sind durchwegs Vorlagen, die schon im Reichsrat eingebracht, teilweise im Abgeordnetenhause erledigt wurden und, wie beispielsweise die Vorlage über die Kriegszuschläge zu den Steuern, im Herrenhause unerledigt blieben. Darin ist wohl, sagt Redner, eine vollständige Widerlegung des Lobes oder des Vorwurfs zu erblicken, daß ich ein Steuererfinder sei. (Heiterkeit.) Ich habe keine Steuern erfunden, ich habe sie nur übernommen. Für grundlegende Änderungen wäre auch jetzt nicht die Zeit und es wäre nicht der Beruf einer provisorischen Nationalversammlung. Wir konnten uns hier nur auf eine Wiedergabe und Ausbesserung beschränken und mußten von jeder neuen Grundlegung absehen. Im Namen des Staatsrates bitte ich dringend, alle diese Vorlagen ohne Ausnahme zu erledigen.

Wenn auch bei der Abstimmung vielleicht nicht vollständige Übereinstimmung herrschen wird, so bilden doch alle diese Vorlagen zusammengenommen ein Ganzes, wobei die eine Partei der anderen in gewissen Richtungen entgegengekommen ist. Würde man die Vorlagen verschieben, so würde dadurch die Arbeit von wenigstens einhalb Jahren vollständig wertlos, und es würde dadurch der konstituierenden Nationalversammlung eine neue Arbeit aufgebürdet, mit der sie frühestens im Mai fertig werden könnte. Dadurch würden uns zunächst mindestens durch ein Vierteljahr Einnahmen, die nicht unbedeutend sind, entgehen. Aber noch wichtiger wäre der Schaden an unserer Kreditwürdigkeit. Dasjenige, was dann der Staat bei der Aufnahme neuer Anleihen daraufzahlen müßte, würde denjenigen zur Last fallen, welche es verursacht haben, daß wir unter ungünstigen Verhältnissen neue Anleihen machen müssen. Auch der Steuerwille wird gestärkt, wenn die Bevölkerung sieht, daß wir die Hoffnung, aus den gegenwärtigen Verhältnissen herauszukommen, nicht verlieren. Mit dem Steuerwillen, mit der Meinung, daß wir uns aufrechterhalten, wird auch der Arbeitswille gestärkt, und es wird dadurch die Zeit der Wiederaufnahme der Produktion offenbar nähergerückt werden. Daher hat die Genehmigung der Steuervorlagen nicht bloß fiskalische Bedeutung, sondern auch Bedeutung für die Arbeit und für die Produktion.

In einer gestern ausgegebenen Mitteilung habe ich eine gewisse Erklärung des Staatsvoranschlags bekannt-

gegeben. Der Staatsvoranschlag ohne diese Erklärung hätte geradezu Entsetzen und Verzweiflung hervorgerufen, wenn nämlich einfach gesagt wird: Wir haben in einem halben Jahre ein Defizit von 1247 1/2 Millionen Kronen, also in einem ganzen Jahre von rund 2500 Millionen Kronen; einem solchen Defizit gegenüber würde natürlich jedes Bestreben, sich zu retten, als vergeblich erscheinen. Nun habe ich in der Publikation bereits gesagt, daß ein großer Teil der Ausgaben, die im Budget aufgenommen sind, vorübergehender Natur sind; das sind Ausgaben, die jetzt während der Uebergangszeit für militärische Zwecke erwachsen, ferner für Unterhaltungen für Mittellose, Arbeitslose usw. Alle diese Ausgaben zusammen ergeben einen Betrag von 663 1/2 Millionen für das halbe Jahr. Diese Ausgaben werden entfallen, wenn wir in normale Zeiten kommen. Wenn sich also inzwischen nichts weiter ändern wird, hätten wir in Zukunft nicht mit einem Abgang von 1247 1/2 Millionen für das halbe Jahr zu rechnen, sondern nur mit einem Abgang von 584 Millionen.

Wenn aber die heute in Beratung stehenden Vorlagen angenommen werden, bessert sich unsere Situation um Bedeutendes. Der Ertrag aller dieser Steuern zusammen wird — nach Rücksicht normaler Verhältnisse — auf 600 Millionen per Jahr, das ist auf 250 Millionen für das halbe Jahr, geschätzt. Es bleibt dann noch ein halbjähriger Abgang von 334 Millionen Kronen. Dabei ist zu bedenken, daß keine Abstriche von den Unterstützungen an Beamte und Angestellte gemacht wurden. Wir nehmen vielmehr an, daß diese Unterstützungen in Form von Gehaltsregulierungen weiter bestehen bleiben. Es ist dabei nicht berechnet, daß wir eine Vermögensabgabe einführen werden, die zur Schuldentilgung führen wird. Sie sehen also, daß die halbjährige Abgabe von 334 Millionen offenbar, man kann sagen, von selbst gekürzt werden wird, so daß wir bei dem nötigen Ernst und guten Willen hoffen können, ohne Unglück herauszukommen.

Uebrigens wichtigste Aufgabe ist allerdings, daß wir über die nächsten Monate hinwegkommen. Wenn wir während der Monate Februar, März und April aushalten, werden wir sichere Verhältnisse vor uns haben, wir werden wissen, wie unser Staatsgebiet aussieht, wir werden uns über die Bedingungen des Friedens klar sein, wir werden unterdessen die Verhandlungen mit den Tschechen und den anderen Nationen so weit geführt haben, daß wir wissen, wieviel diese von den gemeinsamen Lasten übernehmen. Wenn wir über die nächsten drei Monate hinwegkommen, haben das Haus und die gegenwärtige Regierung ihre Aufgabe vollständig erfüllt. Das, was später zu geschehen hat, wird Aufgabe der definitiven Nationalversammlung sein.

Ich sehe davon vollständig ab, einen Plan dafür, was wir weiter in finanzieller Beziehung machen werden, auch nur zu skizzieren. Angedeutet habe ich allerdings, daß jedenfalls eine Vermögensabgabe kommen wird und kommen muß. Ich brauche nicht weiter auszuführen, daß namentlich auf dem Gebiete der Gebühren sehr große Mehrnahmen zu holen sind. Ich habe schon öfter auf das Beispiel Frankreichs hingewiesen, wo im Frieden die Gebühren doppelt so hoch waren wie die direkten Steuern, während bei uns im Frieden die direkten Steuern doppelt so hoch waren wie die Gebühren. Da ist also noch etwas zu holen, und zwar bei einer Gelegenheit, bei welcher der einzelne etwas vom Staate und vom Schutze des Staates hat. Wir würden also nicht immer auf direkte und indirekte Steuern greifen müssen, sondern auf einem Gebiete viel stärker eingreifen können, auf welchem, wie es alle Völker beweisen, der Wille zum Zahlen ein viel stärkerer ist.

Ich bitte Sie daher, diese Vorlagen anzunehmen und zu Ende zu führen. Wir werden dadurch die notwendige Kreditfähigkeit stärken. Denn wir müssen in der ersten Hälfte Februar den Kreditweg beschreiten. Dazu braucht man eine sichere Grundlage. Wenn Sie diese Grundlage wegziehen, werden gerade diejenigen, die etwas besitzen, in die stärkste Verlegenheit kommen. Wer nichts zu verlieren hat, wird auch dann nichts verlieren, wenn die ganze Wirtschaft zusammenbricht. Es ist daher gerade die Pflicht der Bescheidenden, hier einzutreten und keine Schwierigkeiten zu machen. Ich empfehle daher die Annahme. (Beifall.)

Abg. Bohmeyer (Christlichsozial) schließt in eingehender Weise die Kollage der Gewerbetreibenden und des Mittelstandes. Er richtet an diese Kreise die Mahnung, sich nicht als Vorspann für die großkapitalistischen Kreise herzugeben. Durch die Weinsteuer werde der niederösterreichische Weinbau, der ohnehin durch Millionenunterstützungen künstlich erhalten werde, auf das Schwerste betroffen. Die progressive Einkommensteuer muß die Grundlage unseres Steuerwesens werden. Redner bepricht die Ernährungsschwierigkeiten, wendet sich gegen die Zentraleinwirtschaft und gegen die Tätigkeit der Stelle für Sachdemobilisierung. Die Kriegsgewinner, Eisenhändler und alle die großen Handritter, die es verschuldet haben, daß viele Hunderttausende Hungeres gestorben sind, sollen durch die Steuern getroffen werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Christlichsozialen.)

Abg. Friedmann (bürgerlich-demokratisch) betont, es sei bezeichnend für die Loyalität des Staatsamtes für Finanzen, daß im Staatsrat über diese Vorlage nicht auf Grundlage der Beschlüsse der Finanzkommission des Staatsrates, wonach das Kontingent von 1914/15 als Grundlage genommen wurde, sondern auf Grundlage einer Kontingentsumme von 60 Millionen berichtet wurde. Gewiß muß die Steuerlast so stark wie möglich angezogen werden; nicht gleichgültig kann es aber sein wie die Steuer aussieht. Eine Erhöhung der Grundlage der Erwerbsteuer ist in der Zeit eines derartigen wirtschaftlichen Niedrbruches in keiner Weise zu verantworten.

Redner beantragt, den zweiten Absatz des § 1 über die Bestimmung der Erwerbsteuerhauptsumme dahin zu fassen, daß die Erwerbsteuerhauptsumme für die Veranlagungsperiode 1918 mit jenem Teilbetrag von 45 Millionen Kronen bestimmt wird, der sich unter Zugrundelegung der Gesellschaftskontingente für das Jahr 1914/15 des früheren österreichischen Staatsgebietes als der auf Deutschösterreich entfallende Anteil ergibt. Die Erwerbsteuerhauptsumme für die Veranlagungsperiode 1919 wird in gleicher Weise aus der Erwerbsteuerhauptsumme für das Jahr 1914/15 des früheren österreichischen Staatsgebietes berechnet. Redner gibt seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß nicht früher Maßnahmen ergriffen wurden, um die Bezahlung von Vermögen und Werten über die Grenze zu verhindern, bezweifelt aber, daß die Vorlage über die Zensur im Post- und Telegraphenverkehr mit dem Auslande das richtige Mittel hierzu ist.

Abg. Schiegl (Sozialdemokrat) erklärt, die Sozialdemokraten sind bereit, dem Staate die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Es müssen aber in Zukunft die besitzenden Klassen schärfer herangezogen werden als dies bisher der Fall war und es darf die Hauptsumme der notwendigen Mittel nicht im Wege der indirekten Steuern aufgebracht werden. (Zustimmung.) Die Steuerm demonstrationen der letzten Tage wurden von Leuten geführt, die einer Bevölkerungsschicht angehören, die ein sehr großes Einkommen hat. (Lebhafte Zustimmung.) Redner lenkt die Aufmerksamkeit auf manche aus dem Felde mit großen Vermögen heimgekehrte Personen, die Steuerbehörden sollen Nachforschungen über die Art der Erwerbung dieses Vermögens pflegen. Wenn die Steuergesetze rasch verabschiedet werden, wird in industriellen und gewerblichen Kreisen eine gewisse Beruhigung eintreten und es wird möglich sein, daß die Industrie viel früher auflebt und zu arbeiten beginnt. (Beifall.)

Eine Auseinandersetzung zwischen Staatssekretär Steinwender und Abgeordneten Friedmann.

Staatssekretär für Finanzen Dr. Steinwender: Der Berichterstatter hat in Aussicht gestellt, daß von seiner Partei gegen die indirekten Steuern gestimmt werden wird. Dann kommen wir eben zu nichts, denn das wäre eine offensibare Unbilligkeit. Nach dem Voranschlage für Deutschösterreich tragen die direkten Steuern gegenwärtig 286, die Zölle und Verbrauchssteuern 88 Millionen. Nimmt man den Ertrag der Monopole hinzu, so kommt man allerdings auf 216 Millionen. Es stehen aber dann noch immer die direkten Steuern mit 286 Millionen gegenüber dem Ertrag aus den Zöllen, Verbrauchssteuern und Monopolgehalten mit 216 Millionen. Die Verantwortlichkeit verlagert also doch, daß man nicht nur die direkte Steuerbelastung vermehrt, sondern auch die indirekten Steuern stärker heranzieht. Der Abg. Friedmann verweigert sich jetzt schon wiederholte Male, daß er mich einmal unterstützt habe. Ich bin ein dankbares Herz und habe diese Unterstützung mit wahrer Dankbarkeit konstatiert.